

Ein paar Worte vor der Haushaltsabstimmung

Sehr geehrter/Sehr geehrte ...

mit dem Abschluss der Haushaltsdebatte stehen Sie in der nächsten Woche vor der Entscheidung über für die Polizeibeschäftigten der Region äußerst wichtige Fragen. Die Polizistinnen und Polizisten schauen jetzt auf Sie und hoffen, dass die in den letzten Monaten von uns eingebrachten Argumente auf fruchtbaren Boden fielen. Einiges möchte ich in Erinnerung bringen:

1. Stellenabbau

Dieses Thema beschäftigt nicht nur uns, sondern auch die Bevölkerung. In den letzten Monaten haben wir in unserem Schutzbereich 7.000 Unterschriften gesammelt. Aus den dabei geführten Gesprächen wissen wir: Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich eine bürgernahe und ausreichend personell aufgestellte sowie motivierte Polizei. Ihnen ist auch durchaus klar, dass dies nicht kostenlos zu haben ist. Wir wissen uns mit ihnen einig, dass die innere Sicherheit kein Experimentierfeld sein darf. Eine verantwortungsvolle Politik ist sicher gut beraten, diese Stimmen nicht zu überhören.

Bedenken Sie bitte: Bis heute hält man die zukünftige Struktur der Polizei geheim, obwohl es sicher dazu mehr oder weniger konkrete Vorstellungen gibt. Warum wohl? Das einzig Feststehende ist die Zahl der abzubauenen Stellen. Das vorliegende Strategiepapier „Polizei.Sachsen.2020“ zeigt Wege auf, mehr nicht. Eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Aufgabenverlagerung an andere Bereiche der Verwaltung (z.B. der Justiz) sind - ohne einer Lösung näher zu kommen - bereits seit Jahren Gegenstand der Debatte. Warum sollte gerade jetzt Einigung hergestellt werden? Wo doch auch in anderen Bereichen Personal abgebaut werden soll? Ganze Aufgabenbereiche der Polizei (z.B. Prävention) stehen gänzlich zur Disposition. Die angestrebte Reduzierung von Führungs-, Stabs- und mit logistischen Dingen beschäftigtem Personal kann nur umgesetzt werden, wenn Standorte (auch große, wie Polizeidirektionen) aufgegeben werden. Warum klärt man dies nicht zuerst? Mit der Entscheidung zum Stellenabbau, ohne vorher Struktur und Aufgabenzuschnitt abschließend beschlossen zu haben, werden vollendete Tatsachen geschaffen, an denen man später schwer vorbei kommt. Sie sollten dies bei Ihrer Stimmabgabe bedenken.

2. Jahressonderzahlung

Der geplante Wegfall der Jahressonderzahlung entspricht unter dem Strich einer Gehaltskürzung zwischen drei und vier Prozent des jährlichen Gehalts der Polizisten. Wir wissen, dass der Haushalt weit weniger angespannt ist, als mitunter dargestellt. Ich darf Sie diesbezüglich auch auf die Ihnen sicher bekannte DGB-Studie verweisen. Und er wird mit Sicherheit nicht durch die im Vergleich zur Gesamt-Einsparmasse eher marginale Summe von 23 Millionen Euro gerettet. Daneben möchte ich nochmals betonen, dass die Polizistinnen und Polizisten keinerlei Schuld an den knappen Kassen des Freistaates trifft. Sie verrichten jeden Tag aufopferungsvoll ihren Dienst für das Gemeinwesen. Der Herr Innenminister wird nicht müde, sich dafür zu bedanken. Von

schönen Worten allerdings kann sich niemand etwas kaufen. Letztlich muss es für jede Kollegin, für jeden Kollegen nicht anders, denn als schreiende Ungerechtigkeit empfunden werden, wenn von ihnen Verzicht verlangt wird, während die Gehälter der Krisenverursacher bereits wieder kräftig steigen. Ich kann Ihnen versichern, dass die Stimmung in den Amtszimmern und Streifenwagen alles andere, als gut ist. Mangelnde Aufstiegschancen, permanente Reformen und jahrelang bereits in dreistelliger Millionenhöhe an ihnen realisierte Gehaltseinsparungen haben Spuren hinterlassen. Mit Ihrer Stimme für die Streichung der Sonderzahlung würden Sie der Motivation der Polizisten einen weiteren schweren Schlag versetzen. Dies sollten Sie bedenken.

3. Anhebung des Pensionsalters

Wir sind der Meinung, dass eine Polizistin, ein Polizist mit sechzig Jahren alt genug ist, um in den Ruhestand zu treten. Der Krankenstand ist bereits heute besorgniserregend. Mit der in Folge des Stellenabbaus zwangsläufig einhergehenden Arbeitsverdichtung wird dieser Prozess noch beschleunigt werden. Wir befürchten, dass zukünftig die vorzeitigen Ruhestandsversetzungen aus gesundheitlichen Gründen zunehmen werden, bzw., dass Kollegen mehr oder weniger freiwillig eher aus dem Dienst scheidet, weil sie die Belastungen nicht mehr aushalten. Beides führt für die Betroffenen zu Pensionseinbußen, die angesichts ihrer Lebensleistung nicht gutzuheißen sind. Vielleicht kann man diese Frage ja auch zurückstellen und - wie ursprünglich geplant - im Zusammenhang mit der ohnehin anstehenden Dienstrechtsreform beraten? Dann hätte man Klarheit über die Auswirkungen der Strukturreform und könnte sicher sachgerechter entscheiden. Ich möchte Ihnen diese Herangehensweise ans Herz legen.

Damit will ich es bewenden lassen. Die Zukunft der Polizei liegt jetzt auch in Ihrer Hand. Wägen Sie sorgfältig ab und entscheiden Sie weise. Für ein letztes persönliches Gespräch vor der Abstimmung stünde ich Ihnen am 14.12.2010, ca. 14.15 Uhr in der Landtagslobby zur Verfügung. Zu diesem Termin werden wir die gesammelten Unterschriften an das Parlament übergeben. Ich würde mich freuen, wenn ich Sie dabei begrüßen dürfte.

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Rudolph

Vorsitzender der Kreisgruppe Südwestsachsen
der Gewerkschaft der Polizei